



Medienkonferenz zu
20. April 2022, Bern

Beitrag von Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia

Alles wird teurer, nur der Lohn bleibt gleich?!

Nach Jahren der Preisstabilität zieht die Inflation wieder stark an. Bisherige Prognosen gehen bis Ende Jahr von einer Teuerung von rund 2 Prozent aus, wobei, wie Daniel Lampart erläutert hat, angesichts der wirtschaftlichen und politischen Unsicherheit und den weit höheren Teuerungsraten im Ausland noch höhere Preissteigerungen zu erwarten sind.

Tatsächlich kommt die Kaufkraft noch stärker unter Druck. Denn weder Krankenkassenprämien noch Mietpreissteigerungen sind im offiziellen Teuerungsindex enthalten. Während die Mieten seit Jahren kontinuierlich um etwa 1 % jährlich steigen, steht uns bei den Krankenkassen ein veritabler Prämienchock bevor: es drohen Prämiensteigerungen im zweistelligen Prozentbereich.

Gehen wir bis Ende Jahr von einer Teuerung von 2 % aus und rechnen mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Krankenkassenprämien um 10%, würde das auf das mittlere Einkommen einer Familie eine Kaufkrafteinbusse von 275 CHF pro Monat bedeuten. Und wenn wir zudem die in den letzten Jahren kaum stattgefundene Lohnentwicklung bei den Tieflohnen betrachten, von 2016 bis 2020 waren das 0.5 %, dann muss allen klar sein, dass der Handlungsbedarf bei den Löhnen dringend ist.

Signifikante Lohnerhöhungen sind jetzt umso dringender, weil die Beschäftigten enorm viel geleistet haben, die Arbeitgeber:innen aber in den letzten Jahren substanzielle generelle Lohnerhöhungen verweigerten. Das obwohl angesichts der guten Ertragslage Reallohnerhöhungen möglich gewesen wären. Die Produktivitätssteigerungen wurden nicht an die Arbeitnehmenden weitergegeben. Insbesondere bei den niedrigen und mittleren Einkommen besteht darum ein grosser Nachholbedarf, der sich nun angesichts der steigenden Preise verschärft.

Das spüren die Arbeitnehmer:innen schon heute. Sie müssen tiefer in die Tasche greifen, um die steigenden Preise des täglichen Konsums sowie die Energiepreise auszugleichen. Das trifft insbesondere die Arbeitnehmer:innen mit tiefen und tiefsten Löhnen. Bei ihnen wird die Lage existentiell bedrohlich. Der existentielle Stress, den viele während Corona hatten, geht weiter. Die einen, wie im Gastgewerbe, waren von Unterbeschäftigung, Kurzarbeit und Lohneinbussen. Die anderen, wie das Personal der boomenden Lieferdienste oder des Onlinehandels, von prekären Arbeitsbedingungen und Tiefstlöhnen. Aufatmen liegt angesichts der starken Teuerung für sie nicht drin.

Die Gewerkschaft Unia fordert deshalb dringend, dass die Löhne Schritt halten müssen. Die laufenden und anstehenden Lohnverhandlungen sind dabei zentral. Auch weitere kurzfristige Massnahmen, um die von der Teuerung besonders betroffenen Arbeitnehmer:innen zu entlasten, wird von den Arbeitgeber:innen erwartet.

Bauhauptgewerbe

Das Bauhauptgewerbe verhandelt zurzeit den Landesmantelvertrag (LMV) für die Bauarbeiter, der Ende Jahr ausläuft und die Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter regelt. Dazu gehören auch der Lohn bzw. die Lohnerhöhungen.

Die Auftragsbücher der Baumeister sind seit Jahren voll. Corona hat dem keinen Abbruch getan. Es wird weiterhin immer mehr gebaut. Gleichzeitig nimmt das Personal im Verhältnis zum Bauvolumen ab. Das bedeutet für die Bauarbeiter immer mehr Zeitdruck und Stress, um ihre Produktivität für die Unternehmen zu steigern. Weniger Beachtung findet eine weitere Folge dieser Entwicklung: Die Arbeit ist gefährlich. So ist das Fallrisiko auf dem Bau rund dreimal höher als der Durchschnitt aller Branchen. Das Risiko schwer zu verunfallen sogar mehr als viermal so hoch.

Kategorie	Fallrisiko pro 1000 AN	Schwere Unfälle pro 100'000 AN	Tote pro 100'000 AN
Bauhauptgewerbe	180	1331	9.3
Alle Branchen	64	298	1.5
Verwaltung	15	60	0.9
Banken & Versicherungen	9	33	0

Die laufenden Verhandlungen zum LMV müssen dem entgegenwirken. Die Arbeitsbedingungen müssen so angepasst werden, dass die Bauarbeiter besser vor übermässigem, gesundheitsgefährdendem Druck und Stress geschützt werden. Gleichzeitig soll ihre grosse Leistung gebührend anerkannt werden. Konkret fordern wir beim Lohn den Ausgleich der Teuerung plus ein Prozent für die gestiegene Produktivität der letzten Jahre. Auf einen Durchschnittslohn im Bauhauptgewerbe macht das auf der Basis der aktuellen Teuerungsprognose rund 180 Franken pro Monat.

Detailhandel/Logistik

Der Detailhandel hat sich im Allgemeinen gut von der Pandemie erholt. Die Umsätze sind in den letzten Monaten weiter gestiegen. Die allgemeine positive Entwicklung zeigt sich auch bei den «Grossen» wie Coop und Migros. Beide haben kürzlich Gewinne von über einer halben Milliarde Franken (Coop: 559 Mio CHF / Migros: 668 Mio CHF) bekannt gegeben. Das Personal im Detailhandel muss bei den kommenden Lohnverhandlungen an der allgemein guten Entwicklung beteiligt werden. Ein genereller Ausgleich der Teuerung ist das Mindeste, was sie erwarten dürfen. Wo es möglich ist, wie bei Coop oder Migros, müssen sie an den Gewinnen beteiligt werden. Schliesslich hat es dafür hart gearbeitet. Dort muss seitens der Arbeitgeber:innen eine signifikante Lohnerhöhung über die Teuerung hinaus möglich sein, das eine Anhebung der im Vergleich tiefen Löhne Mindestlöhne einschliesst.

Die Logistik und der Onlinehandel haben stark von der Pandemie profitiert. Doch statt gute Arbeitsplätze zu schaffen, verstricken sich die Unternehmen in einem aggressiven Preiskampf um Marktanteile. Darunter leiden am Ende die Arbeitnehmer:innen. Deren Arbeitszeiten werden weiter flexibilisiert und sie werden immer öfter als Temporärarbeitende oder über ein Subunternehmen statt beim Generalunternehmen in einer Festanstellung beschäftigt. Die Auslieferung wird zudem immer häufiger an problematische Plattformen ausgelagert. So können die Grossen der Branche die Preise weiter drücken, ohne Verantwortung für die Arbeitsbedingungen zu übernehmen. Viele Kolleg:innen finden sich so in prekären Arbeitsverhältnissen ohne Schutz eines Gesamtarbeitsvertrages und mit Tieflöhnen wieder. In vielen Logistikbetrieben und auch im Transport verkommt das Arbeitsgesetz häufig zur Makulatur. Es braucht neben deutlichen Lohnerhöhungen, die zusätzlich zur Teuerung ein Prozent für die gestiegene Produktivität beinhalten, mehr Gesundheitsschutz.

Gastgewerbe

Das Gastgewerbe hat sehr stark unter den Schliessungen und Einschränkungen während der ausserordentlichen Lage gelitten. Ausnahmen waren vereinzelte touristische Destinationen. Jetzt da die

Corona-Massnahmen weitestgehend aufgehoben wurden, setzt eine starke Erholung ein. Wir können davon ausgehen, dass diese sich in den nächsten Monaten fortsetzen wird. Gebremst wird die Erholung durch den Personalmangel. Gezwungenermassen haben sich viele Arbeitnehmer:innen in den letzten beiden Jahren umorientiert. Neues Personal zu rekrutieren gestaltet sich schwierig, weil die Berufe oftmals lange Präsenzzeiten, flexible Arbeitszeiten und körperliche Anstrengung erfordern. Dafür ist die Bezahlung unterdurchschnittlich. Die Löhne im Gastgewerbe zählen zu den tiefsten in der Schweiz. Die Lohnentwicklung der letzten Jahre hat keine Besserung erwirkt. Im Gegenteil: Sie fiel unterdurchschnittlich aus.

Deutliche Lohnerhöhungen sind deshalb notwendig, um den Arbeitnehmenden der Branche würdige Löhne zu bieten und dem Tieflohnimage entgegenzuwirken. Mit realen Lohnerhöhungen haben die Arbeitgeber die Möglichkeit, die Abwanderung aus dem Beruf zu stoppen und verbessern die Chancen, neues Personal zu finden. Konkret fordert die Unia in den laufenden Lohnverhandlungen neben der Teuerung zusätzlich 70 Fr. pro Monat.

Bei den Food-Kurieren sind die Arbeitgeber aufgefordert, den Anstieg der Treibstoffpreise auszugleichen. Entweder durch Erhöhung der dafür vorgesehenen Spesen oder durch vollständige Übernahme der Transportkosten.

Gewerbe

Die GAV im Ausbaugewerbe sehen teilweise einen automatischen Teuerungsausgleich vor. Übersteigt die Teuerung aber eine gewisse Schwelle, sind durch den GAV Verhandlungen vorgesehen. Das betrifft das Ausbaugewerbe in der Romandie und die Gebäudehülle. Diese GAV sehen einen automatischen Teuerungsausgleich bis zu 1,5% vor. Das Isoliergewerbe sieht diesen Mechanismus bis zu 2 Prozent vor. Bei den Elektriker:innen liegt der Schwellenwert bei einem Prozent. Die Teuerung ist also so hoch, dass sogar dort, wo ein automatischer Teuerungsausgleich vorgesehen ist, Verhandlungen notwendig werden. Bei den Arbeitnehmer:innen des Ausbaugewerbes ist weiter zu berücksichtigen, dass sie aufgrund des mobilen Arbeitsplatzes, sprich den wechselnden Baustellen, besonders auf das private Fahrzeug angewiesen sind. Berücksichtigt man alle Faktoren, dann erscheint eine Anhebung der effektiven Löhne und der Mindestlöhne um 2,5 -3 Prozent notwendig, um die Kaufkraft mindestens zu erhalten. Angesichts der guten Auftragslage erscheint eine solche Anpassung der Löhne möglich.

Industrie

Die Industrie hat sich vom Corona-Shock gut erholt. 2021 war ein sehr gutes Jahr und die Prognosen für 2022 sind weiterhin gut, auch wenn wegen der steigenden Energiepreise und der internationalen unsicheren Lage aufgrund des Krieges in der Ukraine der Optimismus einen Dämpfer erlitten hat.

Ein bedeutender Anteil der GAV, die die Unia im Industriesektor unterzeichnet hat, sehen einen automatischen Teuerungsausgleich für die Mindestlöhne und/oder die effektiven Löhne vor. Zum Beispiel der GAV für die Maschinen-, Metall- und Elektroindustrie, (MEM), der für die Stadlerail oder für die Uhrenbranche. Diese Regelungen haben Signalwirkung auf Verhandlungen auf betrieblicher Ebene, die erfolgen können, wo kein GAV greift. In der kommenden Zeit laufen einige wichtige Gesamtarbeitsverträge aus, allen voran der GAV für die Uhrenbranche. Die Frage des Lohnschutzes in seinen verschiedenen Formen (Erhöhung des Mindestlohns, Erhöhung der Reallöhne, Kampf gegen geschlechtsspezifische Lohndiskriminierung, Einführung von Mindestlöhnen für Hochqualifizierte) wird eine der Hauptforderungen sein.

Wo wir keine GAV haben oder keine Verhandlungen auf betrieblicher Ebene stattfinden, ist die Lage kritischer. Das betrifft vor allem das Personal in den Grosswäschereien, bei den mechanischen Zulieferern sowie der Lebensmittelindustrie. Dort sind Tiefelöhne keine Seltenheit. Diese Arbeitnehmer:innen sind von der starken

Teuerung besonders betroffen und deshalb besonders auf einen Ausgleich angewiesen. Wir fordern die Arbeitgeber:innen auf, diesen Ausgleich zu gewähren, damit ihre Arbeitnehmer:innen mit Tieflöhnen nicht weiter an Kaufkraft verlieren.